

Rechtsanwalt Prof. Dr. iur. Dr.- Ing. E. h. Dieter Spethmann
Düsseldorf, am 28. August 2009

Herrn Dr. Norbert Röttgen MdB

**"Wir wollen kein Europa der Regierungen,
sondern wir wollen ein Europa der Menschen."**

Sehr geehrter Herr Röttgen!

So werden Sie in der FAZ aus dem Deutschen Bundestag zitiert. Was soll das nun wieder? Alle EU-Verträge seit Maastricht wollen ein Europa der Staaten, also der Regierungen. Bitte erklären Sie dem Bürger, was Sie meinen und wie das mit der geltenden Rechtslage vereinbar wäre.

Um Ihnen behilflich zu sein, verweise ich auf das Urteil des BVerfG vom 30.6., in dessen Textziffer 280 es heißt: *„Gemessen an verfassungsstaatlichen Erfordernissen fehlt es der Europäischen Union auch nach Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon an einem durch gleiche Wahl aller Unionsbürger zustande gekommenen politischen Entscheidungsorgan mit der Fähigkeit zur einheitlichen Repräsentation des Volkswillens. Es fehlt, damit zusammenhängend, zudem an einem System der Herrschaftsorganisation, in dem ein europäischer Mehrheitswille die Regierungsbildung so trägt, dass er auf freie und gleiche Wahlentscheidungen zurückreicht und ein echter und für die Bürger transparenter Wettstreit zwischen Regierung und Opposition entstehen kann.“*

In Tz 281 heißt es weiter: *„Auch in der Ausgestaltung des Vertrags von Lissabon erwächst aus den Zuständigkeiten der Europäischen Union keine eigenständige Volkssouveränität der Gesamtheit der Unionsbürger. Bei knapper Entscheidung zwischen politischen Richtungen im Europäischen Parlament besteht keine Gewähr dafür, dass die Mehrheit der abgegebenen Stimmen auch eine Mehrheit der Unionsbürger repräsentiert. Deshalb wäre insbesondere die Bildung einer eigenständigen und mit den in Staaten üblichen Machtbefugnissen ausgestatteten Regierung aus dem Parlament heraus grundlegenden Einwänden ausgesetzt.“*

Dass der Lissabon-Vertrag vor seiner Ratifikation durch den Deutschen Bundestag von der großen Mehrheit seiner Mitglieder kaum gelesen, jedenfalls kaum verstanden worden sei, entstand – begrün-

determaßen oder nicht – als Eindruck in der mündlichen Verhandlung vor dem BVerfG im Februar. Mit Ihrer gestrigen Äußerung werfen Sie für den Bürger die weitere Frage auf, ob gleiches oder ähnliches am Ende für das Urteil des BVerfG vom 30. Juni gilt.

Aber weiter mit Tz 298: *„b) Als supranationale Organisation muss die Europäische Union in ihrer Kompetenzausstattung und Kompetenzausübung unverändert dem Prinzip der begrenzten und kontrolliert ausgeübten Einzelermächtigung genügen. Gerade nach dem Scheitern des europäischen Verfassungsprojekts ist mit dem Vertrag von Lissabon hinreichend deutlich geworden, dass dieses Verbundprinzip weiter gilt. Die Mitgliedstaaten bleiben die Herren der Verträge. Trotz einer weiteren Kompetenzausdehnung bleibt es bei dem Prinzip der begrenzten Einzelermächtigung. Die Vertragsbestimmungen lassen sich so auslegen, dass sowohl die verfassungsrechtliche und politische Identität der volldemokratisch organisierten Mitgliedstaaten gewahrt bleibt als auch ihre Verantwortung für die grundlegende Richtung und Ausgestaltung der Unionspolitik. Die Bundesrepublik Deutschland bleibt auch nach einem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon ein souveräner Staat und damit Rechtssubjekt des Völkerrechts. Die deutsche Staatsgewalt einschließlich der verfassungsgebenden Gewalt ist in ihrer Substanz geschützt (aa), das deutsche Staatsgebiet bleibt allein der Bundesrepublik Deutschland als Rechtssubjekt zugewiesen (bb), am Fortbestand des deutschen Staatsvolks bestehen keine Zweifel (cc).*

Und weiter mit Tz 296: *ee) Die Entwicklung der Organarchitektur durch den Vertrag von Lissabon enthält nicht nur eine Stärkung von Beteiligungsrechten und verbessert nicht nur die Durchschaubarkeit des Entscheidens etwa bei der Gesetzgebungstätigkeit des Rates. Sie enthält auch Widersprüche, weil die Mitgliedstaaten mit dem Vertrag dem Baumuster des Bundesstaates folgen, ohne die vertragliche und demokratische Grundlage dafür in der gleichen Wahl einer allein auf die Legitimationskraft eines Unionsvolks gestützten repräsentativen Volksvertretung und einer parlamentarischen europäischen Regierung schaffen zu können.“*

Tz 334 sagt: *„Aus der fortbestehenden, mitgliedstaatlich verankerten Volkssouveränität und aus dem Umstand, dass die Staaten die*

Herren der Verträge bleiben, folgt - jedenfalls bis zur förmlichen Gründung eines europäischen Bundesstaates und dem damit ausdrücklich zu vollziehenden Wechsel des demokratischen Legitimationssubjekts -, dass den Mitgliedstaaten das Recht zur Prüfung der Einhaltung des Integrationsprogramms nicht entzogen sein kann.

Und schließlich Tz 347: „Insbesondere kann aus der Einführung der Unionsbürgerschaft nicht auf die Begründung bundesstaatlicher Föderalität geschlossen werden. Historische Vergleiche zur deutschen Bundesstaatsgründung über den Norddeutschen Bund von 1867 (vgl. etwa Schönberger, Unionsbürger, 2005, S. 100 ff.) führen in diesem Zusammenhang nicht weiter. Nach der Verwirklichung des Prinzips der Volkssouveränität in Europa können nur die Völker der Mitgliedstaaten über ihre jeweilige verfassungsgebende Gewalt und die Souveränität des Staates verfügen. Ohne den ausdrücklich erklärten Willen der Völker sind die gewählten Organe nicht befugt, in ihren staatlichen Verfassungsräumen ein neues Legitimationssubjekt zu schaffen oder die vorhandenen zu delegitimieren.“

Sehr geehrter Herr Röttgen, die große Mehrheit der Deutschen ist pro-europäisch eingestellt, will also mehr Nachbarschaft, will aber keinesfalls in einer EU-Provinz namens Deutschland leben. Wüssten die Bürger, was die EZB mit den von ihnen erarbeiteten Aussenhandelsüberschüssen macht, würden sie Ihnen schon heute unbequeme Fragen stellen. Deshalb war auch das Wort eines anderen MdB unangebracht, kein Land habe so von der EU profitiert wie Deutschland. Das Gegenteil ist wahr. Nehmen Sie sich Zeit und studieren Sie die beigefügte Denkschrift von Wilhelm Hankel und mir

Ich grüße Sie freundlich als Ihr Wähler



Anlage neun Blatt

„De-Industrialisierung mindert nicht den Wohlstand“

Widerspruch gegen die Irrlehren von „New Economy“ und „Eurosystem“

von

Wilhelm Hankel und Dieter Spethmann

Als 1835 mit dem Bau der Eisenbahnen die Industrialisierung Deutschlands begann, lag die Lebenserwartung eines Neugeborenen für Knaben knapp über 30 Jahren und für Mädchen nur wenig darüber. Heute ist sie in beiden Fällen mehr als doppelt so hoch. Mitte der Zwanzigerjahre wurde die Weltbevölkerung mit rd 2,5 Milliarden gezählt. Heute liegt sie fast dreimal so hoch. Wie ist es zu diesen Phänomenen gekommen? Wir denken nicht mehr darüber nach, aber es waren Vorgänge der größeren Komplexität in der deutschen und der Weltgeschichte, die man erinnern sollte, um die Gegenwart zu verstehen.

Die für uns selbstverständlichen Lebensformen der Länder, die seit Jahrzehnten im internationalen Sprachgebrauch als „Erste Welt“ bezeichnet werden, beruhen auf der „Industrialisierung,“ also fundamental der Ersetzung und Ergänzung menschlicher Arbeitskraft durch Maschinen, die ihrerseits von Rohstoffen leben: Kohle, Öl, Gas, Wasserkraft ua. Diese Industrialisierung nahm ihren Anfang mit der Dampfmaschine, die auch die „Eisenbahn“ sowie das „Dampfschiff“ möglich machte. Der Dampfmaschine folgten verschiedene Verbrennungsmotoren und Strom-Generatoren. Alle produzieren mechanische und elektrische Kraft in vielerlei Variationen. Die Entstehung der Wissenschaften und ihre explosionsartige Vermehrung, vor allem auf dem Gebiet der Naturwissenschaften, kam hinzu. So entstanden, vereinfacht ausgedrückt, unsere heutigen Lebensformen.

Schon Jahrtausende vor der Dampfmaschine waren die Menschen auf die Idee gekommen, zwecks Verbesserung ihrer Lebensbedingungen, also Mehrung des Wohlstands, miteinander Handel zu treiben, also Waren und Dienstleistungen zu tauschen. Die Perfektionierung von Segelschiff und Navigation sowie die Entwicklung langer Landwege wie der „Seidenstraße“ machten das möglich. Rechtsordnungen wanderten mit den Händlern, so das „Magdeburger Stadtrecht“ ab etwa 1200 nach Osten bis Kiew und in den Schwarzmeerraum. Das Hinzutreten der Dampfmaschine machte die Welt für den Handel „rund,“ und die Erfindung und Fortentwicklung der

„Wertpapiere“ in ihren verschiedensten Erscheinungsformen führten schliesslich zu dem Welthandel, den wir kennen.

Mit der Seefahrt kam es ab Ende des Mittelalters zur Begründung von „Kolonien,“ zumeist europäischer Mächte, und mit ihnen zum Handel in größerem Stil zwischen Kontinenten. Das 18. und 19. Jhd. führten zur Entwicklung zugehöriger politischer Philosophien und Rechtsordnungen: „Freier Handel,“ „Wettbewerb,“ „Protektionismus“ – um nur einige zu nennen.

Solange die Währungssysteme der wichtigsten beteiligten Länder auf Edelmetallen beruhten, hatten Kaufleute, auch soweit sie nicht reine Tauschgeschäfte betrieben („Barter“), keine Schwierigkeiten, Leistung und Gegenleistung im Gleichgewicht zu halten. Das aber endete mit Ausbruch des Ersten Weltkriegs, weil nunmehr Papierwährungen die Szene beherrschten. Um nach drei Jahrzehnten großer politischer Tragödien zu einer friedlichen Weltwirtschaftsordnung zu gelangen, setzte der Engländer John Maynard Keynes ab 1944 seine neue Weltwirtschaftsordnung („Bretton Woods“) durch. Eigentlich sollte sie auf der Einführung einer den Goldstandard fortführenden neutralen Welt-Recheneinheit beruhen: dem *bancor*. Er sollte für alle Zentralbanken der Welt beides in einem sein: Maßstab der Wechselkursberechnung und (auf dieser Basis) Bezugsrecht für alle übrigen Währungen der Welt. Wer seine Währungsreserven in *bancor* anlegte, hatte sämtliche andere Währungen im Portefeuille, ein genialer Gedanke, den kürzlich die Zentralbank der VR China wieder aufgegriffen hat, denn er würde jedem Land Abwertungsverluste aus der heutigen Leitwährung, dem Dollar ersparen und zugleich der US-Volkswirtschaft das hemmungslose Inflationieren verbieten.

Doch die USA sahen im „Keynes-Plan“ einen Affront gegen den US-Dollar als von ihnen geplanter Leitwährung der Welt nach 1945. Sie setzten an Stelle des *bancor* den US-Dollar. Jede zu einem Mitgliedsland gehörende Notenbank sollte von der US-Notenbank für 35 (später 42) dort vorgelegte Dollar die Aushändigung einer Feinunze Gold (31,1 Gramm) verlangen können.

Trotz dieses Mangels ermöglichte das Bretton Woods-System der Nachkriegszeit die größte Ausweitung des Welthandels der Menschheitsgeschichte – freilich unter ganz neuen Finanzierungsformen von Produktion und Handel. Denn jeder in den USA gedruckte Dollar konnte hinfort überall auf der Welt einkaufen, ohne dass die US-Volkswirtschaft eine Gegenleistung hätte erbringen müssen: Bezahlung mit ungedeckten

Schecks, die allerdings von einer ausländischen Notenbank in Washington zur Einlösung in Gold praesentiert werden konnten. So wurden die USA, die durch militärische Entwicklungen (gewonnene Weltkriege, immer modernere Rüstung, Atombombe) zur Ersten Weltmacht im politischen Sinne geworden waren, auch zur Weltwirtschaftsmacht und ihre Währung, der USDollar, zur Welthandelswährung. Andere Mitgliedsländer des neuen Systems hingegen mussten sich in vorsichtigen Schritten mit ihrer Realwirtschaft und mit ihren Währungen an die neuen Wirklichkeiten herantasten. Nur die Fähigkeit einer Volkswirtschaft, im Aussenhandel Überschüsse zu erzielen, führte zu nennenswerter Wohlstandsmehrung. Nur sie schuf die Voraussetzung zur „Aufwertung“ der betreffenden nationalen Währung, also zur Mehrung ihrer Kaufkraft im Ausland und damit zur Steigerung des Binnenwohlstands. So wurde die Deutsche Mark aufgrund der Tüchtigkeit deutscher Unternehmer und Arbeitnehmer und der Einsicht der politischen Führung nach Jahrzehnten von Aufwertungen (um insgesamt bis zu 300%) ab 1989/90 zum Synonym für Wohlstand und wirtschaftliche Sicherheit in der Bundesrepublik Deutschland (der „Bonner Republik“). Sie brachte den deutschen Arbeitnehmer mit seinem Einkommen (netto und real) in die europäische und die Weltspitze – eine Vorwärtsbewegung über vier Jahrzehnte hinweg. „Full employment in a free society“ – diese Traumvorstellung des englischen Soziologen (und Keynes-Schülers) Lord Beveridge, den einer der Autoren als Student in Kiel im Sommer 1946 erlebte, war in Deutschland Wirklichkeit geworden.

Für den Welthandel aber war es 1971 zu einem Eingriff gekommen, der die Welt verändern sollte: Die amerikanische Regierung kündigte einseitig die im Bretton Woods-Abkommen vereinbarte Goldeinlöschungspflicht. Jetzt wurde auch der US-Dollar, wie alle übrigen Währungen, reines Papiergeld. Die US-Notenbank hatte keine Pflicht zur Goldlieferung mehr. Noch heute erstaunt uns, dass diese fundamentale Änderung in der öffentlichen Wahrnehmung keinen allzu großen Widerhall fand. Der Proteststurm blieb aus. „Business as usual“ war die Parole – bis heute, und so geriet die Weltwirtschaft ins Taumeln.

Zunächst erlagen die Amerikaner der verführerischen Kraft ihrer Leitwährung. Sie fanden natürlich schnell heraus, wenn ein Produkt ihres täglichen Bedarfs im Ausland billiger eingekauft als in den USA hergestellt werden konnte. Billigerer Import sollte zur Mehrung des eigenen Wohlstands führen. Basta, man lebte schließlich in einer Konsumgesellschaft mit dem in der Verfassung verbrieften Recht auf den „Pursuit of happiness.“ Da man zur Bezahlung solcher Importe nur frischgedruckte Dollars

hinzugeben brauchte, wurden mehr und mehr Waren importiert, die bislang in den USA hergestellt worden waren. So kam es zum Niedergang der amerikanischen Stahlindustrie, der Autoindustrie und vieler, vieler anderen Industrien. Arbeitsplätze wurden „exportiert,“ wie man euphemistisch sagte. Schrumpfung und Siechtum befielen die amerikanische „manufacturing base.“

Theoretisch wäre die US-Wirtschaft in der Lage gewesen, durch eigene Anstrengungen neue Produkte und Verfahren zu entwickeln, die man hätte exportieren können, um damit die Aussenhandelsbilanz auszugleichen. Praktisch erfolgte das nur auf einigen Gebieten wie „Information Technology“ und „Entertainment Industry.“ Aber im Volumen reichte all das nicht aus, sodaß die amerikanische Aussenhandelsbilanz hoffnungslos defizitär wurde, über Jahre und Jahrzehnte hinweg. Dementsprechend häuften sich im Ausland Gläubigerrechte gegenüber den USA, heute an erster Stelle in China.

Dieses hatte und hat verheerende Folgen sowohl für die US-Volkswirtschaft wie die gesamte Weltwirtschaft. Sie wurde mit Dollars überflutet, die nicht zum Einkauf in die USA „repatriert“ wurden. Solche Dollars wurden zur Finanzierung von Transaktionen eingesetzt, die die Wirtschaft der USA überhaupt nicht berührten. Paradox oder nicht: Gerade nachdem der US-Dollar seine Qualität als Weltwährung aufgegeben hatte, wurde er es mehr denn je!

Diese Trends führten spiegelbildlich zur Entwicklung einer immer weiter ausgreifenden „Finanzindustrie“ in den USA (und Großbritannien, das mit seiner Währung und seiner Wirtschaftspolitik den USA weitgehend folgte). Diese entwickelte neuartige Produkte: „Derivate.“ Damit wurden neue Arbeitsplätze in Büros von Banken, Versicherern, Maklern usw geschaffen, gewiss, aber sie konnten mangels eines realen Wertschöpfungsanteils nicht die Arbeitsplätze ersetzen, die durch die Schrumpfung der „Manufacturing base“ verloren gegangen waren.

Diejenigen Amerikaner, die ihre Jobs bei der manufacturing base verloren hatten, bemühten sich natürlich um andere Einkommensquellen: Es liegt in der Mentalität amerikanischer Bürger, die helfende Hand in erster Linie am eigenen Arm zu suchen. So kam mancher Amerikaner zu einem oder sogar zwei Nebenjobs, und in einer mehrköpfigen Familie konnte eine größere Zahl solcher Jobs zusammenkommen. Alle diese Jobs aber hatten und haben einen Makel: Sie haben keinen oder nur einen minimalen

realen Wertschöpfungsanteil verglichen mit Jobs in der manufacturing base.

Die amerikanische Notenbank FED, übrigens eine Privatbank, und die amerikanische Regierung stützten diese Entwicklung mit einer Reihe von Maßnahmen. So wurde eine Politik des „leichten Geldes“ eingeführt. So wurde begünstigt, zinsgünstige Konsumentenkredite und Kredite für Hausbauten zu gewähren. So wurde eine generelle „Financial deregulation“ eingeführt, die die Einschleusung minderwertiger Finanzprodukte in den Markt begünstigte.

Alles zusammen schuf den Mythos einer „New Economy,“ einer auf Dienstleistungen und Konsumentenkredite gestützten Volkswirtschaft.

Mitte 2007 platzte die erste Blase, diejenige der „Subprime mortgages.“ Die schmerzlichen Folgen der privaten Überschuldung wurden spürbar. Große Verluste an Eigenkapital traten ein, denn die in den Häusern steckenden Anteile von Eigen-/Sparkapital gingen weitgehend verloren. Insoweit die Gläubigerrechte aus „Subprime mortgages“ in Derivaten zusammengefasst und verkauft worden waren, trat der Schaden bei den Käufern ein, die gutes Geld für schlechte Ware hingegeben hatten. So gelangte dieses amerikanische Phänomen auch nach Deutschland. Besonders bei Landesbanken und der Hypo Real Estate konnte man solche Verluste beobachten. Soweit wir feststellen konnten, war in der ersten Hälfte dieses Jahrzehnts bei vielen Landesbanken aufgrund einer EU-Regelung Überliquidität vorhanden, die angesichts der Struktur dieser Banken, vor allem ihrer Personalstruktur, in waghalsigen Anlageformen Ausdruck fand. Aber zurück zu den USA.

Unter Führung der amerikanischen „Finanzindustrie“ wurde die Welt mit Derivaten überschwemmt. Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich nannte in ihrem September-Bericht 2008 die Summe aller an „Organized Exchanges“ gehandelten Derivate mit USD 600.000.000.000.000. Das ist das Zehnfache eines Welt-Sozialproduktes. Wenn also nur 10% Risiko in dem Volumen steckt, wäre das Welt-Sozialprodukt eines Jahres vernichtet – natürlich nicht gleichmäßig über alle Staaten verteilt, sondern mit lokalen und regionalen Schwerpunkten. Wir halten das für das größte bekannte Risiko der Weltwirtschaftsgeschichte.

Die Politik der USA hielt es 2008 für richtig, große Beträge aus Steuereinnahmen bzw neu eingegangenen Staatsschulden bereitzustellen, um Banken „toxische Wertpapiere,“ wie sie inzwischen summarisch genannt wurden, zum Nennwert abzukaufen. Wie groß die Belastung des ameri-

kanischen Steuerzahlers bzw diejenige der amerikanischen Staatsgläubiger schlussendlich sein wird, steht in den Sternen.

Paul Craig Roberts, stellvertretender US Außenminister unter Reagan, erklärte am 19. Juli 2009: „The real crisis awaits us. It is the crisis of high unemployment, of stagnant and declining real wages confronted with rising prices from the printing of money to pay the government's bills and from the dollar's loss of exchange value. Suddenly, Wal-Mart prices will look like Neiman Marcus prices.“

Die Entwicklung der USA seit 1971 stellt also eindeutig unter Beweis, dass De-Industrialisierung den Wohlstand mindert, wenn es einer ins Aussenhandels-Defizit geratenen Volkswirtschaft nicht gelingt, werthaltige Ersatzarbeitsplätze zu schaffen. Dieser Effekt wurde und wird verstärkt dadurch, dass der USDollar bis heute eine Auslandskaufkraft entfaltet, die seinen inneren Wert übersteigt. Dass das Leistungsbilanzdefizit der USA in laufender Rechnung inzwischen bis auf 3% des BIP gesenkt wurde, macht die Sache nicht besser. Zu bewältigen sind die Offshore-Dollars, die im Laufe von Jahrzehnten in die Welt gesetzt wurden und die sich immer noch von Monat zu Monat vermehren.

Ein paralleles Phänomen beobachten wir seit Einführung des Euro bei der Mehrzahl der Mitgliedsländer. 11 der insgesamt 16 Mitgliedsländer sind in ihrem Aussenhandel strukturell passiv. Ihre Gestehungskosten erlauben z.B. der griechischen Volkswirtschaft nicht, bei der unvermeidbaren Anwendung des generellen Euro-Aussenkurses ihre Importe durch Exporte zu finanzieren. Das ist für uns eine Tendenz ohne sichtbare Chance zur Umkehr, weil sie Probleme von Struktur und Kultur betrifft. So kauft der griechische Y-Euro weiterhin beliebig ausserhalb Griechenlands ein, obwohl das griechische Leistungsbilanzdefizit bei 9% liegt und jedem Fachmann klar ist, dass die griechische Volkswirtschaft die von ihrer Notenpresse in die Welt gesetzten Überschuss-Y-Euros zu keiner Zeit wird honorieren können.

Inzwischen beginnt selbst Brüssel aufzuwachen und zu fürchten, dass Euro-Wahn statt zum Motor zum Pulverfass europäischen Einigung werden könnte. Das Handelsblatt zitierte kürzlich aus einem Geheimbericht der EU-Kommission:

„Einige Staaten wie Deutschland, Finnland und Österreich hätten ihre Wettbewerbsfähigkeit seit Einführung des Euro deutlich gesteigert, andere wie Spanien und Griechenland seien dagegen massiv zurückgefallen, heißt es in einem gestern vorgelegten Bericht der EU-Kommission.“

Die wachsenden Unterschiede in der ökonomischen Leistungskraft kämen in den nationalen Leistungsbilanzen deutlich zum Ausdruck, schreibt die Brüsseler Behörde. Seit Mitte 1990 würden die Leistungsbilanz-Positionen sich immer weiter auseinander entwickeln. Deutschland, Österreich, die Niederlande und Finnland hätten ihre Überschüsse deutlich steigern können, während Griechenland, Spanien, Portugal und Irland immer höhere Defizite ausweisen würden. Die Kluft zwischen diesen beiden Ländergruppen sei in der Geschichte der Währungsunion noch nie so groß gewesen wie heute.

Ursache dafür seien "beunruhigende" makroökonomische Ungleichgewichte in mehreren Ländern, heißt es in dem Bericht weiter. Die Kommission verweist auf eine dem Produktionswachstum nicht angepasste Lohnpolitik, einen Immobilienpreisboom sowie eine zu hohe private Auslandsverschuldung in einigen Ländern. In den ersten Jahren nach der Euro-Einführung hätten manche Länder zunächst von hohen Kapitalzuflüssen aus dem Ausland profitiert, doch diese Mittel seien "nicht immer für die produktivsten Zwecke" eingesetzt worden, sondern stattdessen häufig in den Konsum und in den Immobiliensektor geflossen. Diese Länder seien besonders anfällig für abrupte Veränderungen an den Finanzmärkten.

Wenn die wettbewerbsschwachen Mitgliedstaaten der Euro-Zone ihre nationalen Währungen noch hätten, dann müssten sie diese jetzt um zehn bis 15 Prozent abwerten, schreibt die EU-Kommission. Da dieser Weg aber nun versperrt ist, drohen andere schmerzliche Anpassungsprozesse. Eigentlich müssten die betroffenen Staaten ihr Arbeitsrecht flexibilisieren und ihre Lohnkosten senken. Wenn dies nicht geschehe, dann würde die Arbeitslosigkeit steigen und der Kapitalstock werde nicht mehr optimal genutzt. Die Fiskalpolitik könne nur marginal dabei helfen, die Ungleichgewichte abzubauen, schreibt die Kommission.

Die EU-Finanzminister befassen sich Ende der Woche bei ihrem informellen Treffen in Prag mit den hohen Haushaltsdefiziten von Irland, Spanien, Frankreich und Griechenland. Die Kommission will den vier Ländern Fristen setzen, innerhalb derer die Defizitquoten wieder unter den EU-Grenzwert von drei Prozent fallen sollen. Griechenland soll das bereits im kommenden Jahr schaffen, Frankreich und Spanien bis 2012 und Irland bis 2013. Die tschechische EU-Präsidentschaft geht davon aus, dass sich manche der betroffenen Finanzminister gegen diese Vorgabe der Kommission wehren werden."

Im kaufkraftgewichteten pro-Kopf-Einkommen der EU, dem wichtigsten Ausdruck für nationalen Wohlstand, wirkte sich das in 2008 so aus. Der Durchschnitt der EU-27 (also unter Einschluss von Bulgarien und Rumänien) wurde = 100 gesetzt. Dann lag Luxemburg bei 273%, Irland (ein herausragender Bankrotteur) bei 140, die Niederlande bei 131, Österreich bei 125, Schweden bei 123, Dänemark bei 119, Belgien bei 118, Finnland bei 115, Großbritannien bei 114. Dann erst kam das Gläubigerland Deutschland mit 111, dicht gefolgt von Frankreich mit 108 und Spanien mit 103. Der von Deutschland erzielte Leistungsbilanzüberschuss von rd € 180.000.000.000, rd 7% unserer Wirtschaftsleistung in 2008, hatte sich für uns also in Luft aufgelöst und das Wohllleben vieler anderer gesteigert. Spanien z.B., politisch und oekonomisch aus dem Ruder gelaufen, hatte letztes Jahr ein Leistungsbilanzdefizit von USD 159 Mrd oder 8% seines BIP oder >USD 3.000 pro Kopf und damit mehr als die USA. Und doch lag das pro-Kopf-Einkommen des Spaniers nur knapp unter demjenigen des Deutschen. Eurozone und EU praesentieren eine absurde Welt.

Gäbe es keine Eurozone, so hätten die Deutsche Bundesbank die von der deutschen Volkswirtschaft 2008 hereingeholten Devisen von rd USD 237.000.000.000 noch als „Forderungen an das Ausland“ in den Büchern. Da der deutsche Leistungsbilanzüberschuss bis 2008 Jahr für Jahr in der Größenordnung des chinesischen lag, hätten sich hier Forderungen von weit mehr als eine Billion Dollar angehäuft. Die Deutsche Bundesbank hätte also einen ähnlichen Spielraum wie die chinesische. Diese Größenordnung spiegelt das Opfer, das jeder einzelne deutsche Bürger Tag für Tag für das Doppelsystem EU/Eurozone bringt. Der Titel eines „Exportweltmeisters“ ist für Deutschland der reinste Hohn. Wir behalten nichts davon übrig, gar nichts.

Es ist also zu konstatieren, dass die Lehre von der „New Economy“ für die USA kein Heil gebracht hat, sondern Unheil, und dass die Lehre von der wohlstandsmehrenden Wirkung des „Eurosystems“ dazu führt, dass die im Aussenhandel defizitären Länder der Euro-Zone immer stärker auf Kosten der wenigen Überschussländer leben. „Währungs-Sozialismus“ nennt das der tschechische Staatspräsident Klaus.

Man gebe sich keinen Illusionen hin. Der Westen - nicht nur seine Wirtschaft und sein Finanzsystem, sondern seine kulturelle Vorbildfunktion für die Welt von heute - steht auf dem Prüfstand. Wenn die westlichen Staatslenker nicht in der Lage sind, ihre selbst geschaffenen Probleme, die jetzt in der Doppelkrise ihrer Finanzen und Währungen kulminieren, rasch

und überzeugend zu lösen, wird sich die Welt von den USA wie von Europa abwenden wie von auslaufenden Modellen. Der „clash der Kulturen“ könnte anders enden als prognostiziert: In der Verarmung der reichsten Nationen der Erde und ihrem Versinken in der Bedeutungslosigkeit. Neu daran wäre nur, dass nicht verlorene Kriege dies bewirkt hätten, sondern die Fehlentscheidungen von Politikern, denen alles fehlte, was ihre Völker von ihnen erwarteten: der Sinn für Realitäten und der Mut, sich lange erkennbaren Problemen zu stellen statt sie beharrlich und feige zu ignorieren.

Nordamerika und Westeuropa könnten schon bald zu den Regionen zählen, von denen künftige Geschichtsbücher berichten, wie es ihren Bewohnern einst ging, die aber heute davon leben, dass die neuen Reichen sie als Foto-Touristen besuchen. Noch ist es Zeit, diese „Historisierung“ zu vermeiden.

Bonn und Düsseldorf, am 25. August 2009